

Gerechtigkeit für Mensch und Planet

Das Zeitalter von Machtmissbrauch,
Kollusion und Straflosigkeit der
Konzerne beenden

GREENPEACE



Zusammenfassung

Dieser Bericht zeigt auf, dass wir dringend handeln müssen, um **Gerechtigkeit für Mensch und Planet** herzustellen und um **Machtmissbrauch, Kollusion und Straflosigkeit von Konzernen zu beenden**. Wenn Regierungen die **Prinzipien der Unternehmensverantwortung** befolgen, die in diesem Bericht als verbindliche Regeln vorgestellt werden, erreichen wir eine sauberere Umwelt, eine friedlichere Welt und eine gerechtere Gesellschaft.

Die 10 Prinzipien der Unternehmensverantwortung lauten:

1. Der Mensch und die Umwelt, nicht Unternehmen, müssen im Zentrum der Regierungspolitik und des öffentlichen Lebens stehen.
2. Die Öffentlichkeit soll an allen politischen Entscheidungen beteiligt werden.
3. Staaten sollen auf Regelungen verzichten, die Umwelt- oder Menschenrechte untergraben.
4. Unternehmen sollen verbindlichen Regeln unterliegen, und zwar sowohl dort, wo sie ansässig sind, als auch dort, wo sie tätig sind.
5. Staaten sollen eine verbindliche Sorgfaltsprüfungspflicht vorschreiben sowie eine Verantwortung über den gesamten Lebenszyklus («cradle to grave») für Produkte und Dienstleistungen von Konzernen.
6. Staaten sollen stetige Verbesserungen der Standards fördern, indem sie Unternehmen verbieten, Tätigkeiten im Ausland auszuüben, die im Land ihres Firmensitzes aufgrund von Risiken für Umwelt- und Menschenrechte verboten sind.

7. Staaten sollen verbindliche Regelungen erlassen, die für Transparenz in allen Unternehmens- und Regierungstätigkeiten sorgen, die einen Einfluss auf Umwelt- und Menschenrechte haben, einschliesslich Handel, Steuern, Finanzen und Investitionsregelungen.
8. Unternehmen und ihre Führungskräfte sollen haftbar sein für Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen, die im Inland oder im Ausland durch von ihnen beauftragte Unternehmen begangen werden.
9. Menschen, die von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, sollen Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln und Wiedergutmachung erhalten, wenn nötig auch in den Herkunftsstaaten der Unternehmen.
10. Staaten müssen die geschaffenen regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch tatsächlich durchsetzen.

Es handelt sich hierbei nicht um radikale Veränderungen an unserem Rechts- und Staatssystem, sondern um lange überfällige Voraussetzungen für die Menschen und den Planeten, damit künftige Generationen in Frieden leben können. Dieser Bericht hebt hervor, wie dringend die systembedingten Probleme gelöst werden müssen und zeigt, wie einfache Reformen global gesehen grosse Unterschiede machen können.

Anhand von **21 Fallstudien zu Machtmissbrauch, Kollusion und Straflosigkeit von Konzernen** zeigt dieser Bericht, wie Unternehmen ihre Macht in Abwesenheit dieser Prinzipien wiederholt missbrauchen und Menschenrechte und Umweltstandards verletzen. Die Fälle zeigen Fehlverhalten von Unternehmen in Zusammenhang mit Abholzung, Wasser- und Luftverschmutzung, Verschmutzung durch Plastik, Abfallentsorgung, Chemieunfällen, Atomunfällen, Verletzungen von indigenen Rechten, rechtlicher Unterdrückung von Umwelt- und MenschenrechtsschützerInnen, Steuerhinterziehung, Korruption, Klimaleugnung und betrügerischer Manipulation der öffentlichen Debatte. Die verantwortlichen Unternehmen sind: ACS Group (Cobra Gruppe), die

«Carbon Majors» (47 Unternehmen)¹, DowDuPont, Energy Transfer Partners, Exxon, Gabriel Resource, Glencore, Grupo Bimbo, Halcyon Agri (Sudcam), ICI (Miteni), Keskinoğlu, Monsanto, Nestlé, Novartis (Sandoz), Resolute Forest Products, Rosatom, Schörghuber Unternehmensgruppe (Ventisqueros), Total, Trafigura und VW.

Die Regierungen müssen Massnahmen ergreifen, um die Rechte und Interessen der Menschen und des Planeten zu schützen, indem sie Kollusion und die Bevorzugung der Firmeninteressen beenden. Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen sind mitnichten ein unvermeidbarer Aspekt unseres Wirtschaftssystems. Die **Kontroll-Lücken («governance gaps»)**, die durch die wirtschaftliche Globalisierung geschaffen wurden, sind kein natürliches Phänomen, sondern eher das Ergebnis von Beschlüssen durch politische Entscheidungsträger. Entsprechend bedeutet dies, dass wirksames staatliches Handeln den Machtmissbrauch von Unternehmen beenden und die Kontroll-Lücke schliessen kann. Die in diesem Bericht vorgestellten Fälle zeigen, dass die Straffreiheit der Unternehmen in Bezug auf Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen das Ergebnis des aktuellen Wirtschafts- und Rechtssystems ist. Das Scheitern der Staaten, die Menschenrechte und die Umwelt zu schützen, wird durch die Vereinnahmung von EntscheidungsträgerInnen und staatlichen Institutionen durch Unternehmen verursacht. Es führt zur konsequenten Weigerung von PolitikerInnen, verbindliche Rahmenbedingungen umzusetzen und Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Freiwillige Leitlinien und die Selbstregulierung der Unternehmen zum Schutz von Menschenrechten und der Umwelt scheitern eindeutig. Dies hat dazu geführt, dass die Öffentlichkeit wieder verbindliche Regeln verlangt.

In Kapitel 2 zeigen wir, wie Staaten, willentlich und unwillentlich, die Entstehung der **Macht von Unternehmen** ermöglicht haben. Der Grund für diese verfehlten politischen Entscheidungen ist nicht ein Mangel an Informationen, sondern die Vereinnahmung von Staaten durch Unternehmensinteressen. Das Gesellschaftsrecht, Steuer- und Handelsvorschriften sowie die

Rahmenbedingungen für Investitionen bieten Unternehmen umfassende Rechte, die mit Menschenrechtsvorschriften und den Belastungsgrenzen des Planeten kollidieren. Diese internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen untergraben die Fähigkeiten der Staaten, Unternehmen zu regulieren, um so die Menschenrechte und die Umwelt zu schützen, und hindern sie in ihren Bemühungen, genügend Steuereinnahmen zu erzielen, um diesen Schutz zu bieten. Intransparente Politikgestaltung und öffentlich-private Partnerschaften führen zu mächtigen Regierungen, die internationale Foren missbrauchen, um einseitige Firmeninteressen voranzubringen. So werden Richtlinien sabotiert, die den Klimawandel bekämpfen und nachhaltige Entwicklung fördern.

Staaten und ihre Institutionen nutzen ihre Position als ein Instrument, um internationale Investitionen und die Agenden von grossen Unternehmen zu unterstützen. Transnationale Unternehmen (TNC) und ihre Herkunftsstaaten widersetzen sich verbindlichen Kodizes und verfolgen die Gegenstrategie, unverbindliche Normen zu formulieren und «freiwillige Selbstregulierung» zu fördern.

Wirtschaftsabkommen wie Handels-, Investitions- und Steuerabkommen bieten Unternehmen eine Art Schutz, der Individuen oder jeglichen anderen Gesellschaftsgruppen niemals gewährt würde. Diese Abkommen sind allgemein verbindlich und rechtswirksam. Dies im Gegensatz zu Vorschriften zur Verantwortlichkeit von Unternehmen, die unverbindlich, weil nicht gerichtlich oder gesetzlich durchsetzbar, sind. Bei Umwelt- und Menschenrechtsabkommen fehlen ebenfalls die internationalen Durchsetzungsmechanismen, die für den Schutz von Unternehmensinvestitionen gelten.

Das **internationale Steuersystem** mit seinen Steuerparadiesen führt dazu, dass grosse Unternehmen im Ausland riesige Gewinne anhäufen, die zu Finanzspekulationen, systemischen Finanzrisiken und wirtschaftlicher Ungleichheit führen. Staaten kompensieren die mit diesem unsteuererten Einkommen zusammenhängenden Steuerverluste mit Arbeitnehmer- und Verbrauchssteuern, was zu noch mehr wirtschaftlicher Ungleichheit führt.

Die Grundprinzipien des **Gesellschaftsrechts** wie Gründungsfreiheit, beschränkte Haftung, Corporate Personhood (Unternehmen als natürliche Personen) und das separate Prinzip der juristischen Person sowie die fehlende Anerkennung einer Unternehmensgruppe per Gesetz bewirken, dass Aktionäre und CEOs praktisch Immunität geniessen in Bezug auf die rechtliche Verantwortung für Unternehmenstätigkeiten, die Umwelt, ArbeiterInnen oder Gemeinschaften schaden. Sie ermöglichen auch massive Steuerflucht und -hinterziehung, was zu jährlichen Verlusten bei den Staatseinnahmen in der Höhe von Billionen Euro weltweit führt. Dem Versagen von Unternehmen, den Menschen und den Planeten zu berücksichtigen und zu respektieren, liegt die Aushöhlung des ursprünglichen Prinzips zugrunde, dass unternehmerische Tätigkeiten dem Gemeinwohl dienen sollten.

Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen sind nicht unvermeidbare Aspekte der Wirtschaft – doch das System ist derzeit beschädigt: Die mangelnde Rücksicht auf das öffentliche Interesse bei der Entscheidung über die Regulierung von Geschäftstätigkeiten hat bei transnationalen Konzernen zu einer Konzentration von Reichtum und Macht geführt. Es wurde ein Teufelskreis in Gang gesetzt, infolge dessen der Einfluss der Unternehmen auf die Entscheidungsfindung des Staates durch ihren wachsenden Reichtum erhöht ist, was bei Unternehmen wiederum zu einer weiteren Konzentration des Reichtums führt.

In Kapitel 3 befassen wir uns mit den **Hindernissen bei der Erlangung von Gerechtigkeit**, mit denen Menschen konfrontiert sind, die Wiedergutmachung für das schädliche Handeln von Unternehmen suchen. Tatsächliche Wiedergutmachung und Strafverfolgung von Unternehmen, die mit Umweltkatastrophen, Gesundheitsschäden und Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht werden, sind selten. Wir zeigen vier Hindernisse im Kampf um Gerechtigkeit: Mangelnde Information, fehlende verbindliche Regeln, fehlende Durchsetzung und die Herausforderungen extraterritorialer Gerichtsbarkeiten. In der Kombination ergibt sich daraus das in diesem Bericht kritisierte System der Straflosigkeit von Unternehmen.

Das erste Hindernis, der **Mangel an Informationen**, entsteht dadurch, dass das Gesellschaftsrecht den Unternehmen mehr Rechte einräumt als Einzelpersonen und es ihnen ermöglicht, die Eigentumsverhältnisse zu verschleiern und einer Haftung zu entgehen. Die grosse Ressourcenungleichheit zwischen Unternehmen und Menschen, die mit den Folgen ihrer Geschäftstätigkeit leben müssen, erschwert die Beschaffung der notwendigen Informationen, die sicherstellen, dass die Verfahren zum Schutz ihrer Interessen eingehalten werden.

Das zweite Hindernis ist das **Fehlen verbindlicher Regeln**. Diese Unzulänglichkeiten in der nationalen und internationalen Regulierung des Geschäftsgebarens führen auch dazu, dass Menschenrechte und Umweltaspekte bei der Unternehmensplanung auf hoher Ebene nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dies ist ein Teufelskreis, der zu einem zunehmend unverantwortlichen Verhalten führt, da es keine Konsequenzen für die GeschäftsführerInnen oder EigentümerInnen von Unternehmen gibt. Grosse Unternehmen können die getrennten Rechtspersönlichkeiten ihrer Tochtergesellschaften und Subunternehmer nutzen, um zu vermeiden, dass sie vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden. Aussergerichtliche Mechanismen sind in der Regel nur dann wirksam, wenn das Unternehmen freiwillig zu Veränderungen bereit ist.

Das dritte Hindernis ist die **mangelnde Durchsetzung** selbst in Fällen, in denen es klare Regeln gibt. Abgesehen davon, dass Regierungen häufig kein Interesse an der Verfolgung von Unternehmensdelikten haben, könnte die Durchsetzung bestehender Umweltstandards oder Menschenrechtsvorschriften durch Handels- und Investitionsabkommen sowie durch Mechanismen wie die Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten (investor-state dispute settlement, ISDS) untergraben werden. Grosse Konzerne und staatliche Einrichtungen können sich auch zusammenschliessen, um legitime Proteste durch taktische Klagen gegen die öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen) zu unterdrücken. Es kann auch schwierig sein, die Vollstreckung eines Urteils durchzusetzen, da es durch die beschränkte Haftung der Gesellschaft für den Kläger fast unmöglich ist, die Aktionäre auf Schadenersatz zu verklagen.

1. Alpha Natural Resources, Anadarko, Anglo American, Apache, Arch Coal, BG Group, BHP Billiton, BP, Canadian Natural Resources, Cemex, Chevron, ConocoPhillips, CONSOL Energy, Devon Energy, Encana, Eni, ExxonMobil, Freeport-McMoRan, Glencore, HeidelbergCement, Hess, Holcim, Husky Energy, Italcementi, Kiewit,

Lafarge, LUKOIL, Luminant, Marathon, Murphy Oil, Murray Energy, North American Coal, Occidental Petroleum, OMV Group, Peabody Energy, RAG, Repsol, Rio Tinto, Rosneft, RWE, Sasol, Shell, Suncor, Taiheyo Cement, Total, UK Coal, Westmoreland Coal. Vergleiche dazu http://climateaccountability.org/carbon_majors.html.

G20 Group Action Day in Duesseldorf
Greenpeace Group Action Day for G20
Summit along the Rhine promenade in
Duesseldorf. Greenpeace presents its G20
campaign slogan "Planet Earth First" and
offers the public the chance to create their
own banners and signs for civil protests
during the G20 summit in Hamburg
beginning with the "Protestwelle" ("Protest
Wave") on July 2nd. The aim is to use
people power to demand social justice,
effective climate protection, fair world trade
and stronger democracy worldwide of the
world leaders. Planet Earth First Stencil on
the ground.

PLANET
EARTH FIRST



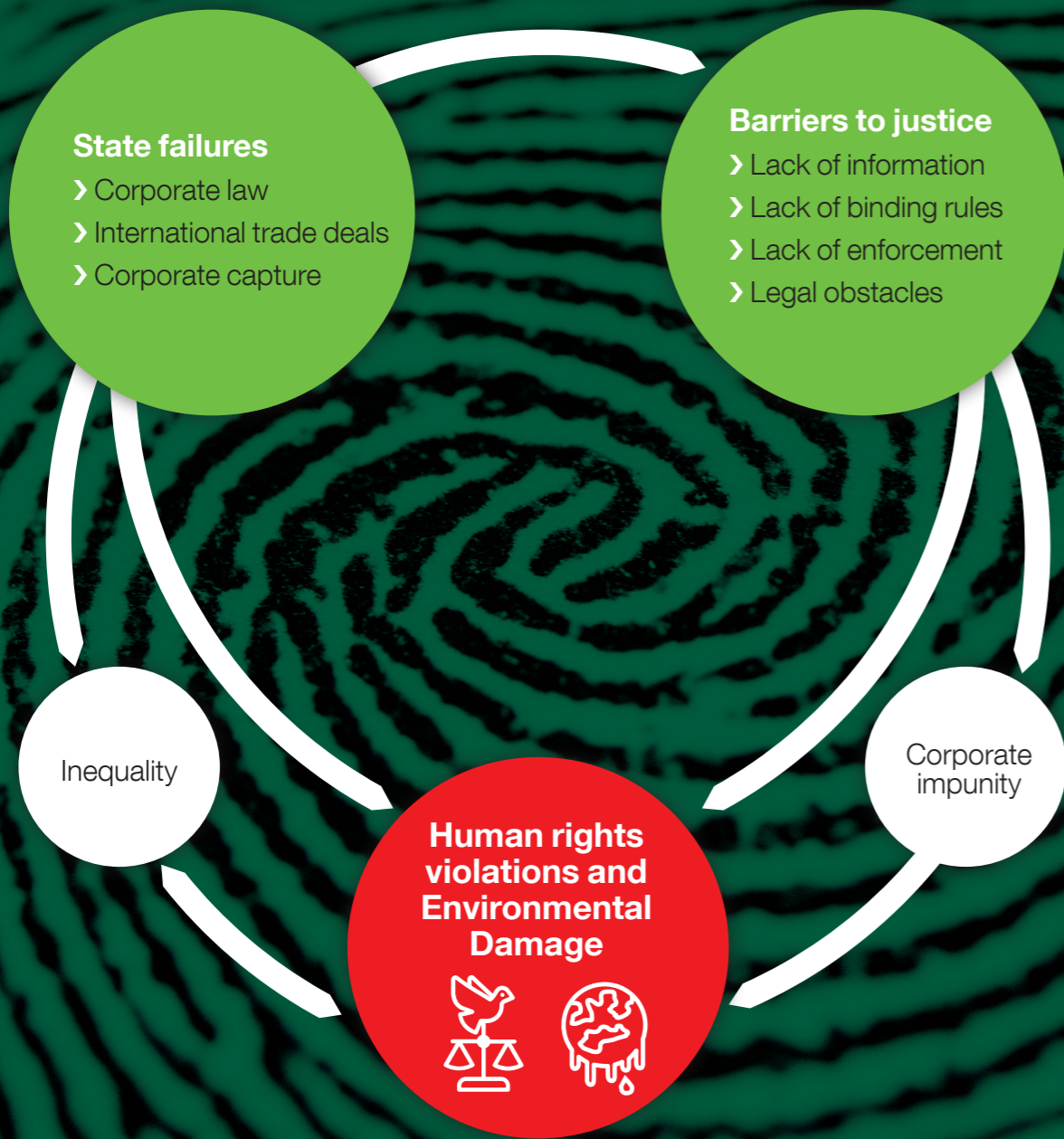
GREENPEACE

Das vierte Hindernis besteht in der **Unwirksamkeit der extraterritorialen Gerichtsbarkeit**. In grenzüberschreitenden Fällen können Rechtssuchende sowohl in dem Land, in dem die Verletzung stattfindet («host country»), als auch in dem Land, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat («home country»), rechtlichen und gerichtlichen Hindernissen ausgesetzt sein. Der Zugang zur Justiz in dem Land, in dem ein TNC seinen Hauptsitz hat, kann genauso schwierig sein wie in einem Gastland. Die Festlegung der Zuständigkeiten des «home country» und des «host country» sowie die extraterritoriale Regulierung sind unerlässlich, um Unternehmen wirksam daran zu hindern, die Menschenrechte in anderen Ländern als ihrem Gründungsstaat zu missachten. Die Entwicklung von extraterritorialen Gesetzen ist daher von entscheidender Bedeutung, um Unternehmen wirksam daran zu hindern, die Menschenrechte in anderen Ländern zu missachten.

In Kapitel vier stellen wir die **zehn Prinzipien der Unternehmensverantwortung** vor (siehe oben), die Regierungen einhalten müssen, um Gerechtigkeit für Mensch und Planet zu gewährleisten. Wir schlagen spezifische Reformen vor, die jedes Prinzip tatsächlich umsetzbar machen, und überlegen, wie die Ergebnisse unserer Fallstudien anders ausgefallen wären, wenn das Prinzip respektiert worden wäre.

Immer mehr Menschen fordern Gerechtigkeit angesichts der fortwährenden Straflosigkeit der Unternehmen. Die zunehmend mangelhafte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Politik, insbesondere an Investitionsentscheidungen und Unternehmensregulierungen, steht im Mittelpunkt dieses Problems. Ein neues Wirtschaftsmodell, das keine Anreize für die Externalisierung der Kosten bietet und mehr Mitbestimmung im Entscheidungsprozess vorsieht, ist nicht länger ein Ideal, sondern eine Notwendigkeit. Die gemeinsame Forderung all dieser Bemühungen und Initiativen lautet: Unternehmen müssen im öffentlichen Interesse reguliert werden. Die Staaten sollten die Rechte und langfristigen Interessen der Öffentlichkeit widerspiegeln. Nach internationalem Recht sind Staaten bereits verpflichtet, Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen zu verhindern und zu reduzieren sowie Abhilfe zu schaffen. Das klare Scheitern freiwilliger Kodizes und der Selbstregulierung von Unternehmen zum Schutz der Menschenrechte oder der Umwelt hat zu einer erneuten Forderung nach verbindlichen Regeln geführt.

Der notwendige Wandel muss auf globaler Ebene erfolgen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Damit verbunden ist die gesellschaftliche Forderung gegenüber der Wirtschaft, diese wieder in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen, und dass Unternehmen reguliert werden, um höheren öffentlichen und langfristigen Interessen zu dienen. Gemeinsam können wir Gesellschaften und Volkswirtschaften schaffen, die zu einer grünen und friedlichen Zukunft führen und Wohlstand innerhalb der Belastbarkeits-Grenzen des Planeten sichern.



Protest at Standing Rock Dakota Access Pipeline in the US A phalanx of National Guard and police advance toward a water protector holding an eagle feather at a camp near the Standing Rock Reservation in the direct path of the Dakota Access pipeline (DAPL) where 117 people were arrested.

20 cases of corporate capture, collusion and impunity

#	Fall	Beschreibung	Hauptsitz	Ort der Verstösse	Relevante Prinzipien
1	ACS Group (Grupo Cobra)	Das spanische Infrastrukturunternehmen Cobra (ACS Gruppe) unterstützte den Bau eines Wasserkraftwerks, obwohl ihm bekannt war, dass damit die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung in Guatemala beeinträchtigt werden.	Spanien	Guatemala	1, 2, 4, 5, 6, 8, 9, 10
2	Carbon Majors*	Die philippinische Kommission für Menschenrechte untersucht die Rolle von 47 Hauptkohlenstoffemittenten (Carbon Majors) beim Klimawandel und den daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen.	Mehrere	Philippinen, global	1, 2, 5, 8, 9
3	DowDuPont	Jahrzehnte nach dem Bhopal-Unglück, das Auswirkungen für eine halbe Million Menschen hatte, die lokale Wasserversorgung vergiftete und bei dem 20 000 Menschen starben, haben die Opfer noch immer keine angemessene Gerechtigkeit oder Entschädigung vom Chemieriesen DowDuPont erhalten. Denn eine Reihe von Unternehmenskäufen und -zusammenschlüssen erschwerten die Aufklärung.	USA	Indien	4, 5, 8, 9, 10
4	Energy Transfer Partners	Durch die Entwicklung der kontroversen North Dakota Access Pipeline missachtete das im Bereich fossile Brennstoffe tätige Unternehmen Energy Transfer Partners die Rechte indigener Gemeinschaften und machte Gebrauch von gewalttätigen Sicherheitsfirmen sowie einer taktische Klage gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP, Strategic Lawsuit against Public Participation), um Gegner zu beseitigen.	USA	USA	2,3,5,8,9
5	Exxon	Schon in den 1980er-Jahren wusste Exxon, dass der Klimawandel real ist und durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht wird. Dennoch entschied sich das Unternehmen, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, um seine Gewinne sicherzustellen.	USA	USA, global	1, 2, 5, 8, 9
6	Gabriel Resource	Nachdem Rumänien das kanadische Bergbauunternehmen Gabriel Resources aus Umweltschutzgründen daran gehindert hat, eine Gold- und Silbermine im Tagebau auszubauen, reichte Gabriel Resources eine 4,4-Milliarden-Klage ein und übergab inländische Gerichte.	Kanada	Rumänien	1, 2, 3, 5, 6, 7
7	Glencore	Der Bergbaubiese Glencore nutzt eine komplexe Unternehmensstruktur und Steuerparadiese, um Entwicklungsländer um Steuereinnahmen zu berauben. Gleichzeitig wird das Unternehmen regelmässig beschuldigt, durch seine Geschäftstätigkeit Menschen- und Umweltrechtsverletzungen zu begehen.	Schweiz	Global	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10
8	Grupo Bimbo	Unter dem Druck der Öffentlichkeit reduzierte die multinationale mexikanische Bäckereiprodukte-Gruppe Bimbo den Pestizidgebrauch in ihrer Lieferkette und begann, die höheren Qualitätsanforderungen, denen Sie im Ausland genügen musste, auch in ihrem Heimmarkt anzuwenden.	Mexico	Mexico	1, 3, 5
9	Halcyon Agri (Sudcam)	Sudcam, eine Tochtergesellschaft des in Singapur ansässigen Unternehmens Halcyon Agri, ist verantwortlich für Waldrodungen in Kamerun. Dadurch fanden Landenteignungen und andere Menschenrechtsverletzungen statt, einschliesslich derjenigen am Volk der Baka.	Singapur	Kamerun	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10
10	ICIG (Miteni)	Das italienische Chemieunternehmen Miteni, eine Tochterfirma der International Chemical Investors Group (ICIG), hat den Boden und das Wasser in einem Gebiet von 200 km ² vergiftet. Betroffen sind über 350'000 Menschen. Die italienischen Behörden konnten bis anhin keine Entschädigung in Aussicht stellen.	Luxemburg	Italien	1, 2, 3, 5, 7, 8, 9, 10
11	Keskinoğlu	Als seine Herstellungsmethoden kritisiert wurden, konnte der Geflügelhersteller Keskinoğlu eine SLAPP-Klage nutzen, um die Ressourcen der Zivilgesellschaft zu erschöpfen.	Türkei	Türkei	1, 2, 3

#	Fall	Beschreibung	Hauptsitz	Ort der Verstösse	Relevante Prinzipien
12	Monsanto	Die Bemühungen des US-amerikanischen Agrochemiekonzerns Monsanto, durch intensive Lobbyarbeit genetisch veränderte Organismen (GVO) in Mexiko vorwärtszubringen, führte zu Verletzungen der Rechte der indigenen Bevölkerung.	USA	Mexico	1, 2, 5, 6, 8, 9
13	Nestlé	Das schweizerische Nahrungsmittel- und Getränkeunternehmen Nestlé verursacht mit seinen Verpackungen riesige Mengen Plastikabfall und übernimmt dafür keine Verantwortung.	Schweiz	Philippinen, global	1, 2, 5, 6
14	Novartis (Sandoz)	Indem Firmen wie Sandoz, eine Tochtergesellschaft der schweizerischen Novartis, die Arzneimittelproduktion in Länder outsourcen, die schwächere Umweltschutzvorschriften haben, tragen sie zur Verbreitung von multiresistenten Bakterien (Superbugs) bei, die jedes Jahr für 700 000 Tote verantwortlich sind.	Schweiz	Indien	1, 2, 4, 5, 6, 8, 9
15	Resolute Forest Products	Resolute Forest Products hat aggressiv taktische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP) verwendet, um Kritiker abzuschrecken.	Kanada	Kanada	3
16	Rosatom	Die russische Atombehörde Rosatom ist verantwortlich für eine Reihe von Atomunfällen in ihrer Anlage Mayak. Die Opfer haben weder Gerechtigkeit noch eine Entschädigung erhalten. Dies liegt teilweise daran, dass das Staatsunternehmen vor russischen Gerichten Immunität besitzt.	Russland	Russland	1, 2, 5, 7, 8, 9, 10
17	Schörghuber group (Ventisqueros)	Das chilenische Seafood-Unternehmen Ventisqueros, das zur deutschen Schörghuber Unternehmensgruppe gehört, führte keine sorgfältige Due-Diligence-Prüfung durch und wurde so zum Mitverantwortlichen einer Umweltkatastrophe im Süden von Chile.	Deutschland (Chile)	Chile	4, 5, 6, 7, 8, 9, 10
18	Total	Das Öl- und Gasunternehmen Total plante ein grosses Offshore-Bohrprojekt, ohne den möglichen Einfluss auf Umwelt- und Menschenrechte im Rahmen einer Due-Diligence-Prüfung abzuklären.	Frankreich	Brasilien	1, 2, 4, 5, 6
19	Trafigura	Nachdem der Ölhändler Trafigura giftigen Abfall an der Elfenbeinküste entsorgte und dadurch eine öffentliche Gesundheitskrise auslöste, erhielten die Opfer aufgrund des schwachen Rechtssystems weder Gerechtigkeit noch eine Entschädigung.	Singapur	Elfenbeinküste	4, 5, 6, 8, 9, 10
20	VW	Aufgrund von Unterschieden in der Strafverfolgung und Möglichkeiten zur Entschädigung führte VWs systematischer Betrug bei den Abgastests zu Milliardenstrafen in den USA, aber zu fast keiner Strafe in Europa.	Deutschland (Chile)	Deutschland, global	1, 2, 5, 7, 8, 9, 10

Prinzipien

1: Der Mensch und die Umwelt, nicht Unternehmen, müssen im Zentrum der Regierungspolitik und des öffentlichen Lebens stehen.
 2: Die Öffentlichkeit sollte an allen politischen Entscheidungen beteiligt werden.
 3: Staaten sollten auf Richtlinien verzichten, die Umwelt- oder Menschenrechte untergraben.
 4: Unternehmen sollten verbindlichen Regeln unterliegen, und zwar sowohl dort, wo sie ansässig sind, als auch dort, wo sie tätig sind.

5: Staaten sollten eine Due-Diligence-Prüfung und eine uneingeschränkte Verantwortung für Unternehmensprodukte und -dienstleistungen verlangen.
 6: Staaten sollten strengste Massstäbe setzen, indem sie Unternehmen verbieten, Tätigkeiten im Ausland auszuüben, die in ihrem Heimatland aufgrund von Risiken für Umwelt- und Menschenrechte verboten sind.
 7: Staaten sollten Richtlinien verabschieden, die für Transparenz in allen Unternehmens- und Regierungstätigkeiten sorgen, die einen Einfluss auf Umwelt- und Menschenrechte haben, einschliesslich Handel, Steuern, Finanzen und Investitionsregelungen.

8: Unternehmen und ihre Führungskräfte sollten für Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen haftbar sein, die im Inland oder im Ausland durch von ihnen beauftragte Unternehmen begangen werden.
 9: Menschen, die von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, sollte das Recht zustehen, tatsächlich Zugang zu einer Entschädigung zu erhalten, wenn nötig auch in den Herkunftsstaaten der Unternehmen.
 10: Staaten müssen die geschaffenen regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen auch tatsächlich durchsetzen.

GREENPEACE

Greenpeace International

Ottho Heldringstraat 5
1066 AZ Amsterdam
The Netherlands

Greenpeace is an independent global campaigning organisation that acts to change attitudes and behaviour, to protect and conserve the environment and to promote peace.

greenpeace.org

